

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksache 17/4684 –**

Gestärkt aus der Krise – Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation

A. Problem

- a) Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand und vor allem Abbau bürokratischer Hemmnisse,
- b) Regelungen zur Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, wachstumsfreundliche Reform der Gemeindefinanzen unter Vermeidung von Elementen, welche die Substanz von Betrieben besteuern.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Berlin, den 13. April 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Ulla Lötzer
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulla Lötzer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/4684** in seiner 90. Sitzung am 10. Februar 2011 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Antragsteller sobald wie möglich Gesetzentwürfe zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen vorlegen. Die Entlastung müsse entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag erfolgen. Außerdem verlangen die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP, die Gemeindefinanzen wachstumsfreundlich zu reformieren und dabei Elemente zu vermeiden, welche die Substanz von Betrieben besteuern.

Zudem soll die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter verbessern und vor allem bürokratische Hemmnisse abbauen. Als Bereiche für den Bürokratieabbau nennen die Antrag stellenden Fraktionen das Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben, Steuererklärungen sowie steuerliche und zollrechtliche Nachweispflichten. Auch Aufbewahrungspflichten sollen verkürzt werden.

Die Bundesregierung soll ferner die Forschungs- und Innovationstätigkeit des Mittelstandes weiter stärken, die Technologieoffensive zügig umsetzen und die Entscheidung über die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in ein haushalts- und steuerpolitisches Gesamtkonzept einpassen. Dabei müssten aber der Konsolidierungskurs und die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden. Außerdem wird gefordert, die Marktchancen für mittelständische Exporteure zu verbessern.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/4684 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 36. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 46. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 51. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 34. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 57. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 35. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 33. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 34. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 28. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 in seiner 35. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4684 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/4684 mehrfach, zuletzt in seiner 43. Sitzung am 13. April 2011 abschließend beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** betonen, dass zur deutschen Wirtschaft neben der Industrie vor allem der Mittelstand, das Handwerk und der Handel gehören. Es werde nicht ausreichend gewürdigt, dass 98 Prozent der deutschen Betriebe mittelständisch seien. Das Handwerk habe sich nach einer langen Krise wieder erholt und erwarte 2011 ein Wachstum von 2 Prozent. Dies zeige, dass das Krisenmanagement der Bundesregierung erfolgreich gewesen sei. Die Entlastung in Höhe von 24 Mrd. Euro habe dazu beigetragen, die Binnenkonjunktur zu stärken, wovon gerade der Handel und das Handwerk profitiert hätten. Von der Kurzarbeit sowie den Investitionen in die Infrastruktur hätten insbesondere die mittelständischen Zulieferbetriebe profitiert. Der deutsche Mittelstand sei gut aufgestellt und verfüge über gut ausgebildete Mitarbeiter. Die Eigenkapitalquote der meisten Betriebe sei relativ hoch. Nachdem die Krise überstanden sei, müsse der Aufschwung verstetigt werden. Die neuen Herausforderungen seien insbesondere die steigenden Energiepreise sowie der Fachkräftemangel. Der Antrag der Koalitionsfraktionen solle u. a. dazu beitragen, das vorhandene Potential an Fachkräften zu nutzen, die Gründungsbereitschaft junger Menschen zu stärken, den Zugang der Unternehmen zu Normungs- und Standardisierungsprozessen zu vereinfachen sowie die Steuerermäßigungen für haushaltnahe Dienstleistungen beizubehalten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass sie den Mittelstand als Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft ansehe. Die Krise sei gut überstanden worden. Dies zeige, dass die Große Koalition die richtigen Maßnahmen ergriffen habe. Programme, wie das Kurzarbeitergeld sowie das kommunale Investitionsprogramm, hätten sich positiv ausgewirkt. Die gegenwärtig drohenden Kürzungen beim Gebäudesanierungsprogramm sowie bei den Mitteln für die Städtebauförderung setzten aber falsche Signale. An der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbarten steuerlichen Forschungsförderung müsse festgehalten werden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte keine konkreten Vorschläge, wie man die Möglichkeiten für eigenkapitalschwache Unternehmen, Risikokapital zu erhalten, verbessern könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, die Bedeutung des Mittelstandes für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Der Antrag der Koalitionsfraktionen enthalte überwiegend sinnvolle Forderungen. Es sei aber unverständlich, wieso diese Forderungen nach zwei Jahren Regierungszeit immer noch nicht umgesetzt seien. Deshalb werde man sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/4684 zu empfehlen.

Berlin, den 13. April 2011

Ulla Lötzer
Berichterstatlerin